

Aufbruch statt Aufräumen

"37 Millionen extra für die Universität"?

"Nach dem Aufräumprozess an der Universität möchte die Stadt sie jetzt weiter stärken und auf ihrem Weg zur Exzellenz unterstützen."

Jörg Dräger im Hamburger Abendblatt, "37 Millionen extra für die Universität", 22.9.2007

Es gibt keinen Grund, sich die Destruktivität der Hochschulpolitik des Wissenschaftssenators zu verharmlosen, erst recht nicht angesichts der Bestechungsgelder von 37 Millionen Euro. Was Dräger unter "Aufräumen" versteht, ist in den sechs Jahren seiner Amtszeit mehr als deutlich geworden: Eine Zerstörung der positiven Ansätze der Hochschulreformen, die 1968 studierenderseits erkämpft wurden. Gegen die Bemühungen einer tendenziell sozial offenen Universität richtet sich die Einführung der Studiengebühren und als Folge die Zwangsexmatrikulation von gut 1000 Studierenden. Die demokratische Verständigung über die allgemeine Nützlichkeit der Hochschultätigkeit wird mit der Abschaffung zahlreicher gruppendemokratischer Gremien durch das Fakultätengesetz bekämpft. (Teil-)kritische Wissenschaftszweige werden durch systematische Geldverknappung und Koppelung der Mittelvergabe an die Dienstbarkeit für die private Wirtschaft (konkret z.B. an die Höhe der Drittmittelwerbungen) ausgehungert. So soll mit der Abrißbirne der Weg in die "Exzellenz" geebnet werden, also in die ungebremste Renditeträchtigkeit. Denn während die 68er Reformen mit der Perspektive erkämpft wurden, daß "Verbesserung" sich auf die Lage aller beziehen müsse, geht es beim neoliberalen Exzellenz- und Eliteprogramm darum, durch Schaden für die übergroße Mehrheit die Lage einiger weniger zu verbessern.

Wer solch destruktive Politik macht, gehört schleunigst aus dem Amt gejagt. Weil sich diese einleuchtende Ansicht zunehmend verbreitet, hat Dräger zur Abwehr hastig noch

eine 37-Millionen-Euro Mogelpackung geschnürt. Das Geld soll über einen Zeitraum von fünf Jahren fließen (siehe Kasten) und ist angesichts der jahrzehntlang verschärften Unterfinanzierung und gegenüber den realen Erfordernissen ein Tropfen auf den heißen Stein. Insbesondere soll mit diesem Geld die Zustimmung zum Bachelor-Master-System mit den dazu gehörigen Übergangsquoten erkaufte werden. Dabei bedeutet die Vereinbarung zwischen Universitätspräsidium und Wissenschaftsbehörde nichts weiter, als dass in den Naturwissenschaften 20% und überall sonst sogar 40% der Studierenden ihr Studium nach sechs Semestern nicht weiterführen können sollen, was vorher für alle möglich war. Es werden also Probleme festgeschrieben, anstatt sie zu lösen. Nebenher wird aber deutlich, dass wo Gefälligkeit erkaufte werden soll, in den sachzwangleeren Staatskassen auf einmal Geld gefunden werden kann. So wird deutlich, daß auch die Studiengebühren nicht der Kompensation eines finanziellen Mangels, sondern einzig und allein der Dressur dienen.

Was bedeutet das für das kommende Semester? Zunächst einmal, daß der Streit um die Richtung der Universitätsentwicklung unbedingt politisch zu führen ist. Dies bedeutet vor allem, daß sich die Universität selbst als eingreifenden Bestandteil in der Gesellschaft wahrnimmt und sich deren umfassende humane Entwicklung, und damit auch ihre eigene, zum Gegenstand macht. Dafür müssen sich alle Universitätsmitglieder stärker mit der von Wirtschaftsinteressen gelenkten Politik des CDU-Senates anlegen. Daß wir uns mit einem erfolgreichen Gebührenboykott im Wintersemester 07/08 nicht nur der Studiengebühren, sondern auch ihres Einführers entledigen, gehört dazu.

Stellen Sie sich vor, die CDU-Senateur hat die 37 Millionen Euro für die Finanzierung von Masterstudienplätzen sowie für „Exzellenzberufungen“ (siehe Tabelle) versprochen. Alle Versprechungen aber, die über die Neuwahl der Bürgerschaft im Februar 2008 hinausgehen, sind sowieso das Blaue vom Himmel herab. Genauso gut hätten Dräger & Co bis 2099 1 Milliarde € mehr ankündigen können. Für die tatsächlich durch diesen Senat zu verantwortenden Jahre 2007 und 2008 soll die Universität aber nur 9 Mio. € "zusätzlich" erhalten, was nicht einmal die privatisierungsbedingte Steigerungen der Energiekosten ausgleicht. Die Zusage des Geldes ist zudem mit der Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrenden verbunden und so weiter...

Der Spatz auf dem Dach: Was sich hinter den 37 Mio Euro verbirgt

Jeder Zweifel an der 37-Millionen-Euro-Verheißung des Senats ist berechtigt. Damit ist nämlich nicht gemeint, daß die Universität jährlich 37 Mio. € mehr erhält, was auch nur 5 % des derzeitigen Uni-Haushalts wären. Vielmehr bekommt die Uni die angeblichen 37 Mio. € verteilt über die Jahre 2007 bis 2011, vorgeblich für die Finanzierung von Masterstudienplätzen sowie für „Exzellenzberufungen“ (siehe Tabelle).

Alle Versprechungen aber, die über die Neuwahl der Bürgerschaft im Februar 2008 hinausgehen, sind sowieso das Blaue vom Himmel herab. Genauso gut hätten Dräger & Co bis 2099 1 Milliarde € mehr ankündigen können. Für die tatsächlich durch diesen Senat zu verantwortenden Jahre 2007 und 2008 soll die Universität aber nur 9 Mio. € "zusätzlich" erhalten, was nicht einmal die privatisierungsbedingte Steigerungen der Energiekosten ausgleicht. Die Zusage des Geldes ist zudem mit der Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrenden verbunden und so weiter...

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011
Für BaMa	1	6	8	8,5	8,5
Berufungen	1	1	1	1	1

Angaben in Mio. Euro

bitte wenden



Das Was ist Was des Gebührenboykotts

Der **Boykott als politisches Kampfmittel** beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der allgemeinen Studiengebühren. Das **solidarische Handeln** ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden. Im letzten Semester beteiligten sich über 11.000 Studierende an den Hamburger Hochschulen am Boykott. An der Universität Hamburg wurde das erforderliche Mindestquorum mit 6.078 beteiligten Studierenden leider verfehlt und das Geld rechtzeitig an die Uni überwiesen. An der Hochschule für Bildende Künste (HfBK) wurde die notwendige Mindestbeteiligung erreicht. Die Boykotteure haben bis heute nicht gezahlt und können trotzdem weiterstudieren.

Die erforderliche Solidarität wird für den Studiengebührenboykott mit der Einrichtung eines **Treuhandkontos** ermöglicht. Wer noch nicht von den allgemeinen Studiengebühren befreit wurde, überweist seine Studiengebühr (500 Euro) auf das extra zu diesem Zweck bei dem Rechtsanwalt Martin Klingner im Auftrag des "Verein zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der Universität Hamburg e.V." eingerichtete Treuhandkonto. In dem Verein findet sich der erheblich erweiterte Kreis der am Boykott beteiligten Gruppen mit gesellschaftlichen Bündnispartnern zusammen. Auf den Überweisungsträgern sind unbedingt die Matrikelnummer und der Name einzutragen, die notwendigen Informationen und die Kontonummer findet Ihr auf den Überweisungsträgervordrucken oder im Internet unter: www.gebuehrenboykott.de/agb.html. Wer die Gebühren nicht aufreiben kann, kann sich durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Vereinsvorstand verbindlich am Boykott beteiligen.

Beteiligen sich bis zum **Stichtag** einen Werktag vor Ende der Zahlungsfrist für die allgemeinen Studiengebühren (**derzeit der 13.12.2007**) mindestens 9.000 Studierende (etwa ein Viertel der Studierenden der Uni HH) an der Aktion, so wird der Boykott wirksam: Das Geld wird nicht an die Uni überwiesen. Durch den aufgeklärten Kampf von über 9.000 Studierenden entsteht eine politisch neue Situation und der politische Senat gerät unter einen Druck, den er bisher noch nicht gesehen hat. Der Boykott fällt dieses Semester in die heiße Phase des Bürgerschaftswahlkampfes. Das Verwaltungsgericht hat mittlerweile festgestellt, daß Exmatrikulationen während des laufenden Semesters unrechtmäßig sind - bis Ende März kann also nur der Senat rausgeschmissen werden. Dazu sollten wir beitragen, indem wir über die Medien und in der Öffentlichkeit darüber aufklären, warum Studiengebühren Teil der bekämpfenswerten, gegen die Bevölkerung gerichteten Senatspolitik sind. Sicher ist: Der Senat kann es sich nicht leisten, auf einen Schlag ein Viertel der künftigen Akademiker zu verlieren. Er ist also gezwungen, allen auch ohne die Zahlung der Gebühren das Studium zu ermöglichen.

Erreichen wir die Beteiligung von 9.000 Studierenden nicht, wird das Geld zum Ende der Einzahlfrist vom Treuhandkonto unter Angabe der Matrikelnummern wie im letzten Semester an die Uni überwiesen. Wer auch unterhalb des Quorums boykottieren will, kann auf seiner Überweisung den Zusatz „EXTRA“ anbringen, dann bleibt sein Geld auch nach dem Stichtag auf dem Treuhandkonto. Es gilt: Wer kämpft, kann nicht verlieren, aber sehr viel gewinnen.

Die Studiengebühren des Wintersemesters 2007 werden für alle einheitlich erst zum 15. Dezember 2007 fällig und können somit gemeinsam boykottiert werden. Die meisten Studierenden haben schon im Sommersemester einen Gebührenbescheid erhalten, der für ihr ganzes Studium gelten soll. StudienanfängerInnen erhalten mit ihrer Immatrikulation einen solchen Gebührenbescheid und haben dann vier Wochen nach Erhalt des Gebührenbescheides Gelegenheit, Anträge zur Befreiung von den Gebühren zu stellen. Viele Befreiungsgründe müssen jedoch noch durch politische Kämpfe und juristische Auseinandersetzungen erstritten werden. Jedoch befreit nur ein erfolgreicher Boykott wirklich alle Studierenden von den Gebühren.

Wer beim Zentrum für Studierende einen **Antrag auf Befreiung, Erlaß oder Stundung gestellt oder Widerspruch** eingelegt hat, sollte sich also auf jeden Fall am Boykott beteiligen, auch wenn die Uni den Antrag noch nicht entschieden hat. Auf den Überweisungsträger sollte dann der Zusatz „RÜCK“ angebracht werden, dann gehen die 500 Euro auch bei Nichterreichen des Quorums zurück an den Einzahler statt an die Uni, so daß man sie später selbst überweisen kann, falls der Antrag abgelehnt wird.

Der **Studienkredit (KfW)** kann zum Boykottieren verwendet werden. Erreichen wir das Boykottquorum nicht, wird das Darlehen als Studiengebühren an die Uni weitergeleitet. Im Falle des Erfolgs haben wir den vorgeschriebenen Verwendungszweck weggekämpft, und ihr könnt das Darlehen getrost an die Bank zurückgeben.

So sollten sich alle am Boykott beteiligen.

bitte wenden 

www.gebuehrenboykott.de